

BBW-Landesbezirk Südbaden neu aufgestellt



Durch Krankheit war die Anwesenheit des südbadischen Regierungsbezirksverbandes des BBW stark eingeschränkt. Das Bild zeigt den anwesenden Teil. Ganz rechts der stellvertretende RB Südbaden-Vorsitzende Matthias Zipel, daneben BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger.

Bei der Tagung des Regierungsverbands Südbaden des BBW Beamtenbund Tarifunion standen Ende November auch Neuwahlen auf dem Programm. Die Vorstandschaft war krankheitshalber in der Anwesenheit etwas ausgedünnt, so dass der stellvertretende Vorsitzende Matthias Zipfel die Versammlung leitete. Zur Wahl standen der Vorsitzende, zwei Stellvertreter und bis zu fünf Beisitzende. Alle Amtsträger für die nächsten fünf Jahre wurden einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender bleibt Markus Eichin (BDZ), der von den Stellvertretern Matthias Zipfel (Komba) und Renate Konrad (DJG) assistiert wird. Als Beisitzer runden Richard Bühler (Komba), Anna-Elise Kiehn (PhV), Michael Hess (DPoIG), Boris Rexter (DPoIG), Günther Rünzi (Seniorenverband) die Vorstandschaft ab.

Zur 41-Stunden Woche der Beamten in Baden-Württemberg, die im Übrigen auch für Körperbehinderte gilt, stellte der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger, einige Modelle anderer Bundesländer vor. Über spezielle Detailregelungen zur Lebensarbeitszeit gibt es dort Möglichkeiten, die Spitzenbelastungen abzubauen. Der BBW drängt darauf, dass auch in Baden-Württemberg spätestens im Jahr 2024 eine spezielle Regelung erfolgt, nachdem in den letzten beiden Koalitionsverträgen schon Lösungen avisiert waren, aber bisher nicht umgesetzt wurden.

Der Fachkräftemangel ist das Hauptproblem im öffentlichen Dienst: 55 000 Stellen sind im öffentlichen Dienst unbesetzt. Es mangelt vor allem an Erzieherinnen und an Fachkräften im Gesundheitswesen, an Lehrkräften, aber durchweg in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes herrscht ein nicht kurzfristig zu behebender Mangel an Fachkräften. Neben einer sinnhaften Tätigkeit und dem Blick auf die Arbeitszeit, zähle für die Generation Z auch das Gehalt. „Hier kann der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft keinesfalls mithalten!“

stellte Kai Rosenberger fest. Deshalb sei es umso wichtiger, das Tarifgeschehen im öffentlichen Dienst zu beobachten und aktiv zu unterstützen.

-jk- 26.11.23